

JUcke punkt

Nr. 14

DAS INFO-MAGAZIN DER JUNGEN UNION IM OSNABRÜCKER LAND

JUNI 1999

Schon immer Jahr 2000-kompatibel!



■ Eurowischiwaschi?!

Rhetorische Frage hin oder her - die junge Generation sollte sich jedenfalls brennend für die Europa-Wahl interessieren. Denn ihre größten Zukunftschancen liegen in Europa.

Doch laut einer im Rundfunk veröffentlichten demoskopischen Umfrage können 94 Prozent der Bevölkerung nicht einen einzigen Europaabgeordneten beim Namen nennen. Und nur 18 Prozent können "vage" beschreiben, was das Europäische Parlament "tut".

Europa wird immer wichtiger. Und doch gibt es erhebliche Defizite im Meinungsbild über Europa-Politik. Ein machtlos erscheinendes Europaparlament ändert dies nicht gerade. Erforderlich ist ein starkes Parlament, das den Volkssouverän repräsentiert, das auch etwas zu sagen hat und das der Kommission auch die Stirn bietet.

Schließlich wird die EU-Kommission immer noch aus Regierungsvorschlägen zusammengesetzt. Wenn die nationalen Kommissarsposten dann auch noch wie in einem Kuhhandel gedealt werden (Wählt ihr unseren Bundespräsidentenkandidaten, wählen wir eureN unbekanntEN qUOtEnkAndldAtIN), wächst nicht gerade das Vertrauen in die Europa-Politik.

Gerade nach den Korruptionsvorfällen und der Vetternwirtschaft in der alten Kommission sind doch jetzt Persönlichkeiten gefragt, die sich durch Kompetenz und Sachverstand auszeichnen. Völlig unerfahrene und nicht qualifizierte Quotenkandidaten sollten lieber zu Hause bleiben. Schließlich sind die Zeiten vorbei, wo es noch hieß: "Hast Du einen Opa, schick' ihn nach Europa."

Eues Frank

Montage: (fh)

"Bester Kreisverband" und "TOP-JU"

JU Osnabrück-Land sorgt niedersachsen- und bundesweit für Furore!

Ein Mitgliederzuwachs von 117 auf jetzt 579 aktive Mitglieder innerhalb eines knappen Jahres, mehrere erfolgreiche Kampagnen und die Neugründung von 6 Ortsverbänden - Diese Zahlen, die allein schon für sich sprechen, bedeuteten die Grundlage für die Ehrung des Kreisverbandes Osnabrück-Land als bester Kreisverband in Niedersachsen. Schon zum zweiten Mal konnten die JU'ler aus dem Osnabrücker Land anlässlich des diesjährigen Niedersachsentages der JU diese Ehrung entgegennehmen.

Für den Kreisvorsitzenden Michael Erdhaus, der den Verband nun bereits im vierten Jahr führt, bedeutete diese erneute Auszeichnung eine Bestätigung, auf dem rechten Weg zu sein. „Der beste Kreisverband zu sein, ist Bestätigung und Ansporn zugleich“, so der 24-jährige Student.

Auch für Jens Waltermann, der ebenfalls schon seit 1996 die Geschäfte des Verbandes führt, ist es

"Jeder im Team kann seine Ideen und Meinungen einbringen."

klar, daß man „sich nicht auf den Lorbeeren ausruhen“ werde. „Jetzt gilt es, das Erreichte weiter fortzuführen“, meinte der Jura-Student.

Die Gründe für den Erfolg der Jungen Union im Landkreis Osna-

brück sind vielfältig. Das Entscheidende scheint jedoch der richtige Mix zu sein. Schon 1996, als Erdhaus das Ruder von seinem Vorgänger Martin Bäumer übernommen hatte, hat der Kreisvorstand das Jahresprogramm nach der Formel „50 % Spaß, 50 % Inhalt“ ausgerichtet. Diese Mischung aus kreisweiten Sportturnieren, Fahrten und



Die Delegierten und Gäste aus dem Osnabrücker Land beim Niedersachsentag in Goslar mit Gerold Papsch (mitte). Foto: (fh)

Parties einerseits und Podiumsdiskussionen, Stellungnahmen und politischen Kampagnen auch außerhalb des Wahlkampfes andererseits ist immernoch der Grundstein für die erfolgreiche Verbandsarbeit. Besonders das Arbeitsklima im Verband mache das Engagement leichter, bestätigte Maren Grautmann. „Jeder im Team kann seine Ideen und Meinungen in die Arbeit einbringen. Am Ende steht dann eine einheitliche Meinung der JU - Gerade das macht uns so schlagkräftig“,

stellt das Vorstandsmitglied fest.

Die Äußerungen der Jungen Union finden denn auch in der CDU Gehör. Trotz - oder vielleicht gerade wegen der oftmals kritischen Stimmen der JU'ler besteht ein außerordentlich gutes Verhältnis zur „Mutterpartei“. Die JU wird auf allen Ebenen gehört und ernstge-

nommen. Deutlich wird dies besonders an der Tatsache, daß mehrere JU-Aktive dem Arbeitskreis der Kreis-CDU zur Neustrukturierung der Partei angehören und daß es im Landkreis Osnabrück über dreizig JU'lern gelungen ist, in die Kommunalparlamente einzuziehen.

Mit kreisweiten Kampagnen, die immer wieder von Infopaketen und Plakataktionen begleitet werden, sorgt die JU für ein geschlossenes Auftreten in der Öffentlichkeit und

erreicht einen hohen Aufmerksamkeitsgrad für ihre politischen Anliegen. Im vergangenen Jahr fand die Initiative für mehr Lehrstellen viel Beachtung und außerordentlichen

**Das Erfolgsrezept:
50% Inhalt, 50% Spaß!**

Zuspruch. Auch eine breitgefächerte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit hat dazu beigetragen, daß die Junge Union die mit Abstand größte politische Jugendorganisation im Osnabrücker Land geworden ist. „Nur wenn wir alle Medien nutzen, um unser Engagement für die junge Generation darzustellen, können wir erfolgreich sein“, unterstreicht der für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortliche Frank Hilker. Besonders das Internet-Angebot ist immer weiter ausgeweitet worden. Ein E-Mail Info-Pool, die Mitgliederzeitschrift „Juckepunkt“ online und die Möglichkeit zum Informationsdownload sind nur drei Punkte in diesem Bereich.

„Auch in Zukunft werden wir uns für die junge Generation stark machen“, bestätigt Michael Erdhaus. Besonders die SPD-Politik in Land und Bund werde heftig attackiert. „Wer sich im Landkreis Osnabrück, in Niedersachsen oder auch im Bund auf Kosten der jungen Menschen profilieren will, der wird mit der Jungen Union im Osnabrücker Land rechnen müssen!“, so Michael.

Christian Hillmes

Jugendkrestag war sehr gut besucht

Von Benedict Pöttering



Benedict Pöttering war Teilnehmer des Jugendkrestags und sprach über mangelnde Lehr- und Schulplätze.

Der Jugendkrestag am 11.2.99 war ein vom Krestag ins Leben gerufener Modellversuch, der das Ziel haben sollte, die Jugendlichen mehr für Politik zu interessieren und ihnen Gelegenheit zu geben, zu ihren Anliegen, Ärgernisse oder Wünschen Stellung zu beziehen.

Sie hatten ferner die Möglichkeit, für ihren Ort sinnvolle Anträge zu stellen, die speziell für Jugendliche von Interesse sind. Prinzipiell war der Jugendkrestag eine gute Veranstaltung, aber er hat mit über 4 Stunden viel zu lange gedauert, was

nicht zuletzt an dem Äußerungsdrang mancher Krestagsabgeordneter lag.

Es war ein sehr gut besuchter Jugendkrestag, der Inhalte wie zum Beispiel mangelnde Lehr- und Schulplätze, Jugendarbeit in den Orten oder generelle Hilfe für Jugendliche behandelt hat. Auf starke Kritik stieß dagegen die Entscheidung den Jugendlichen in Dissen 15.000 DM für eine Half-Pipe zur Verfügung zu stellen. Andere Städte, in denen mit Spendenaktionen bereits Mittel für den Bau einer Half-Pipe gesammelt wurden, ge-

hen nun leer aus.

Nicht einmal die sonst üblichen 2000DM können nun vom Kreis aufgrund von Geldmangel mehr gewährt werden. Dem Dissener Antrag wurde leider von allen Fraktionen im Krestag zugestimmt.





Ortsvorsitzendenkonferenz

Auf der Ortsvorsitzendenkonferenz am 2. März in der Waldgaststätte Renzenbrink, Bramsche, stellte der Kreisvorstand den Ortsvorsitzenden die Planung und das Programm für die nächsten Monate vor. Im Anschluß wurde die letzte Jückerpunkt-Ausgabe eingetütet. Foto: (fh)

Die ganze Welt bezieht Autositze aus Quakenbrück

„Auf der ganzen Welt sitzen die Leute auf Produkten aus Quakenbrück“, so Günther Witte, der Geschäftsführer der Lear Corporation Quakenbrück. Die Informationstour der JU heimische Betriebe geht somit weiter.

Viele kennen die Firma noch als die 1948 gegründete Matratzenfabrik Schlaraffia oder als Nosag (1976). Heute ist das Lear-Werk Teil der aus dem amerikanischen Southfield stammenden Lear-Gruppe. Lear beschäftigt ca. 100 000 Mitarbeiter, 315 davon in Quakenbrück, die heute nicht nur Autositze sondern ein ganzes Paket an Innenausstattungen für Wagen herstellen. Auf 10 000 Quadratmetern werden hier täglich ungefähr 20.000 Teile von 350 Produkten gefertigt. Das Werk produziert hierbei in Bahnwaggons „hinein“, die täglich das Werk verlassen. 80 Prozent des

Umsatzes werden durch die Produktion von Sitzrahmen für den VW-Bulli erzielt. Es werden jedoch auch Teile für Chrysler, Mercedes und BMW gefertigt. So konnte sich das Werk sogar gegen Mitkonkurrenten aus den USA profilieren. Auf die amerikanischen Eigentümer müsse man sich allerdings erst einstellen, da diese sehr flexibel, sehr entscheidungsfreudig, aber auch sehr kundenorientiert sind.

Die Zukunft des Werkes bewertete der Geschäftsführer als mittelfristig gesichert, da mindestens bis 2004 noch Verträge ausstehen. Christian Calderone, Vorsitzender der JU Artland, bedankte sich bei Günther Witte und der Lear Quakenbrück für die interessanten Einblicke in das Unternehmen. In Bezug auf die hohe Arbeitslosigkeit in Quakenbrück meinte der Vorsitzende: „Wir brauchen Lear hier in Quakenbrück ganz dringend.“

Martin Neebuhr



»JÜCKERPULVER«

Von Frank Hilker

Trttin möchte als EU-Kommissar nach Brüssel, weil er mit seiner Rolle im Kabinett nicht mehr zufrieden ist und wohl keine Lust mehr hat (eigentlich kein Wunder, wenn fast die ganze Bevölkerung seinen Rücktritt begrüßen würde). Aber warum macht er es dann nicht auch? So wie der inzwischen berühmteste "Privatier" der Nation, mit dem ihm dann eine erstaunliche Parallele verbande.

punkt!

Die Spieler der Fußballnationalmannschaft sollen künftig mittels demokratischer Wahlen bestimmt und der DFB künftig zu einem "feministischen und demokratisch-sozialistischen Richtungsverband" umfunktioniert werden. Dies forderten einige Jusos in Anträgen auf ihrem Bundeskongreß mit 300 Delegierten. War wohl ein Spaß. Aber spätestens bei der Rede des mit 50,9 Prozent neu gewählten Vorsitzenden Benjamin Mikfeld bleibt einem das Lachen im Hals stecken. Zitat: "Geschichte ist immer noch die Geschichte von Klassenkämpfen." Und weiter: Es gelte das große Ziel, den "Kapitalismus zu überwinden" und "einen Sozialismus zu errichten". Hm, der Bundeskongreß (mit dem offiziellen Motto "Standort: links!") hätte auch genau so gut der von den Jungen Genossen in der PDS sein können.

punkt!

Bei einem Treffen mit jungen SPD-Abgeordneten sagte Schröder, Lafontaine habe "Deutschland finanzpolitisch in kurzer Zeit isoliert." Da wäre doch einmal die Richtlinienkompetenz des Kanzlers gefragt gewesen. Die ganze Schuld alleine Lafontaine in die Schuhe zu schieben, ist da nicht okay.

punkt!

Unglaublich: Erst weit nach einem Monat seit Beginn der Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO, überlegt die Allianz öffentlich, ein Öl-Embargo zu verhängen. Und während Nacht für Nacht die Raffineri-

en und Tankanlagen bombardiert werden, schippert Tag für Tag geschäftstüchtig Öltanker in die Donau- und Adria-Häfen.

punkt!

Am 1.4. ist sie in Kraft getreten: Die Steuerreform, die für das Ö den Knock-Out bedeutet. Energieintensive Industrien werden von der Besteuerung komplett ausgeschlossen. Und wer nicht genügend Energie verbraucht, sollte vielleicht nachhelfen, indem er in der Nacht Fenster und Türen offen läßt, während die Heizung volle Pulle läuft.

punkt!

Steuerreform oder -deform? Manchmal sollte man glauben, es müßte Otto Normalbürger in die Expertenkommissionen berufen werden. Der würde es nämlich richtig machen (was auch gar nicht so schwierig ist): Ausnahmen streichen, ausreichende Freibeträge zur Existenzsicherung, Steuersätze senken. So einfach ist das. Dann würde auch tatsächlich jeder einzelne nach seiner Leistungsfähigkeit zum Steueraufkommen beitragen.

punkt!

Gerhard Glogowski, unser niedersächsischer Bezirksfürst aus Braunschweig, liebt es anscheinend, einige der schätzungsweise unendlich vielen Forderungen nach Nachbesserung zu stellen. Aber wie konnten die ach so sehr verbesserungswürdigen Reformen denn überhaupt erst beschlossen werden? Hat Niedersachsen im Bundesrat da nicht auch mitgestimmt?

punkt!

Was sind die Grünen doch für verlässliche Koalitionspartner, mag Schröder denken. Da werden auf der Bundesdelegiertentagung Farbbeutel und Stinkbomben mit Buttersäure geworfen, und schweren Herzens einigen sich die Grünen, einen befristeten Waffenstillstand seitens der NATO zu fordern. Aber kein Anzeichen, daß die Bundestagsfraktion versucht, diesen Beschluß auch umzusetzen. Wozu dann nur das ganze Tohuwabohu in Bielefeld?

punkt!

loveparade99

Die Junge Union im Bezirk Osna-brück-Land fährt auch in diesem Jahr wieder nach Berlin zur Love-Parade. Mit dem Bus geht es am Freitagabend, 9. Juli, los, am Samstag wird geraved und die Rückkehr wird in der Nacht zum Sonntag angetreten. Mehr Infos gibt's im Internet oder in der Bezirksgeschäftsstelle, Telefon (054 1) 57067.



Nutzt den Service im Internet und tragt Euch in die Mailing-Liste des Kreisverbandes ein! Im Info-Pool bekommt Ihr stets aktuell die neuesten Nachrichten per E-Mail.

Klartext: Die neue CDU im Landkreis

Scheitert die Teilhabemöglichkeit der Mitglieder an der Urwahl?

Von Michael Erdhaus

I. Sich nicht von positiven Umfragen blenden lassen

Wahlsieg in Hessen mit Roland Koch, traumhafte Umfrageergebnisse für die Union. Befindet sich die CDU wieder in der Gunst der Wähler, kaum ein Jahr nach der schmerzhaften Niederlage? Ist die Erneuerung nun abgeschlossen?

Mitnichten. Ich kann nur davor warnen, nach den Erfolgen, die eher der Schwäche der Rot-grünen als unserer Stärke zu verdanken sind, in den Bemühungen für eine neue CDU nachzulassen. Die Hessen-Wahl und die guten Umfragen bedeuten zwar eine Ermutigung für die Union; sie dürfen aber nicht vorschnell als Wende mißverstanden werden.

II. Der CDU-Kreisparteiausschuß am 26. Februar in Bad Iburg

Der CDU-Kreisvorstand hat im Oktober letzten Jahres einen Arbeitskreis beauftragt, bis Ende Februar ein Papier mit konkreten wie umsetzbaren Vorschlägen für eine effektivere Parteiarbeit auf CDU-Kreis- und -Ortsebene sowie in den Vereinigungen zu erarbeiten. Auf einem Kreisparteiausschuß der CDU am 26. Februar in Bad Iburg wurde ein 14-seitiges Papier vorgestellt: Darin wurde u.a. gefordert, daß die CDU wieder lebhaftes Diskussionsforum für eine Neuausrichtung christlich-demokratischer Politik werden müsse, die Zusammenarbeit mit Verbänden im vorpolitischen Raum intensiviert, die Kampagnenfähigkeit erhöht und breitere Teilhabemöglichkeiten der Mitglieder geschaffen werden sollen. Durch verschiedene Vorschläge wurden diese „Obersätze“ konkretisiert.

Zwei JU-Anträge waren von Erfolg gekrönt, der dritte sorgte für lebhaftere Diskussion.

Der JU-Kreisvorstand hatte hierzu drei Änderungsanträge gestellt. Im ersten Antrag wurde gefordert, daß die beschlossenen Maßnahmen auch vor Ort umgesetzt werden sollten. Ein CDU-Parteitag im Jahr 2000 sollte diesen Umsetzungsprozeß überprüfen. Ein weiterer JU-Antrag hatte zum Ziel, daß die CDU-Stadt- und Gemeindeverbände ermäßigte Beitragstarife für Schüler, Studenten und Auszubildende in der Höhe von maximal 5 DM im Monat einführen sollen. Beide Anträge wurden mit großer Mehrheit angenommen.

Ein dritter JU-Antrag sorgte für lebhaftere Diskussionen: Es wurde die Beibehaltung der Urwahl von Kandidaten für die Landes- und Bundesparlamente gefordert. Diese Urwahl war 1996 be-

schlossen worden und als großer Erfolg einer modernen Parteiarbeit gefeiert. Nun wird überlegt, diese einmal praktizierte Urwahl aus den verschiedensten

Kompetenzen zurückgewinnen

Gründen heraus zu kassieren. Nach kontroverser Debatte verständigten sich die Teilnehmer darauf, daß einer der nächsten CDU-Kreisparteitage die Entscheidung in der Urwahl-Frage fällen wird.

Diese Urwahl ist ein zentrales Instrument der Mitgliederbeteiligung. Sie ermöglicht, daß die wichtigsten Funktionen, auf die eine Partei Einfluß hat, unter der Mitwirkung aller betroffenen Parteimitglieder vergeben werden. Durch sie wird die Partei geöffnet sowie breitere Partizipationsmöglichkeiten für Mitglieder und mehr Transparenz in den Entscheidungsprozessen geschaffen. Somit ist die Debatte über die Urwahl von Abgeordneten-Kandidaten die Gretchenfrage der Erneuerung. Denn was bringt es einer Partei, die die „moderne Volkspartei in Europa“ werden will (Angela Merkel), wenn ihre lokalen Kandidaten für öffentliche Mandate noch in kleinen Kungelkreisen ausgegeltet werden? Da die Urwahl-Debatte ein elementarer Baustein im Reformprozeß ist und sie zudem eine alte JU-Forderung darstellt, werden wir rechtzeitig in der gesamten Union im Landkreis Osnabrück eine innerparteiliche Kampagne zur Urwahl starten, um auf dem entscheidenden Parteitag eine Mehrheit hinter dieser Forderung zu organisieren.

III. „Gemeinsame Strategie für morgen“

Aber mit dem Beschluß oder auch der Umsetzung eben jenes Reform-Papieres allein ist es nicht getan. Erneuerung kann man nicht beschließen; man muß sie strukturieren, organisieren und auch durchsetzen. Wir brauchen in der gesamten Union - hier im Landkreis Osnabrück, in unseren Gemeinden - eine „gemeinsame Strategie für morgen“, die die vielen notwendigen, kleinen Schritte zu einem großen Ganzen vernetzt und ihr Hauptaugenmerk auf die Kommunalwahl im Jahr 2001 richtet. Und mit „gesamte Union“ meine ich die CDU-Kreispartei samt ihren Untergliederungen sowie allen Vereinigungen,

wobei die lokale Verwurzelung der unterschiedlichen CDU-Ortsverbände sowie der besondere Charakter der Vereinigungen als Stärke und Vorteil angesehen werden sollten.

Es gibt genügend Punkte, die ich hier stichwortartig nenne und die in einer solchen „gemeinsame Strategie“ noch einmal besondere Berücksichtigung finden sollten:

- In Wahlkampfzeiten gilt es, mit den Themengebieten zu operieren, in denen man einen Kompetenzvorsprung hat. Aber in Nicht-Wahlkampfzeiten, wie wir sie nach dem 13. Juni bis zum

trachtet, bekommt man ein etwas differenzierteres Bild: Überwiegend ist die Altersgruppe ab Ende 50 aufwärts vertreten, und dann die Jugend bis Mitte 20. Das „Mittelalter“ von 30 bis 45 Jahre ist fast gar nicht vertreten. Ist der Grund dafür darin zu sehen, daß diese Jahrgänge eine geringere Affinität zur CDU haben als z.B. zu den Grünen? Oder liegt es an unserer Politik für junge Familien bzw. an einem antiquierten Familienbild der CDU, das jene Altersgruppe vor einem aktiven Engagement bei uns abschrecken läßt?

- Wenn ich den letzten Punkt einmal aufgreife und behaupte, daß die CDU (und vielleicht auch einige in der JU) ihr Bild der jungen Familie zukünftig eher der Realität als überkommenen Vorstellungen entnehmen sollten, dann bietet sich für die CDU hier im Osnabrücker Land im Anschluß an dem Familienparteitag Ende diesen Jahres die einmalige Chance, eine moderne Kampagne genau für diese Zielgruppe zu fahren. Es ist ja kein politisches Naturgesetz sein, daß nur die JU Kampagnen auf die Beine stellt.

- Schließlich sind die Organisationsstrukturen überdenkenswert: Wie kann Parteiarbeit so organisiert werden, das das Engagement der wenigen Hauptamtlichen bzw. Mandatsträger mit dem

Engagement der vielen Ehrenamtlichen, die unersetzbar sind, optimal verzahnt wird? Unter diesem Aspekt wird man sicherlich auch über die Arbeitsbedingungen in der Geschäftsstelle reden müssen.

Diese Liste läßt sich beliebig fortfahren. Es zeigt, daß es noch genügend Handlungsbedarf gibt.

IV. Nur fortwährende Erneuerung verspricht auch dauerhaften Erfolg

Manche haben wohl schon vergessen, wie die Ergebnisse in 1998 landkreisweit für die Union ausfielen. Um so mehr ist der Hinweis notwendig, daß nur eine gemeinsame Strategie für einen fortwährenden Erneuerungsprozeß der CDU auf Kreis- und Ortsebene auch wieder einen dauerhaften Erfolg verspricht. Wir haben als die weitaus stärkste Partei alle Chancen, die Herausforderungen der kommenden Wahlen ab 2001 zu meistern.

Man kann erwarten, daß sich jeder in diese gemeinsame Strategie einreicht; denn schließlich geht es um den Erfolg unserer Ideengemeinschaft.



Der JU-Kreisvorsitzende Michael Erdhaus hielt auf dem CDU-Kreisparteiausschuß zur Parteireform ein entscheidendes Plädoyer für die Beibehaltung der Urwahl. Foto: (fh)

Frühsommer 2001 haben werden, gilt es im Umkehrschluß, Kompetenznachteile in einigen Themenbereichen wieder auszugleichen. In welche Themengebieten will die Regional-CDU bis zur Kommunalwahl ihre Kompetenz verbessern, und wie könnte dies eine Gemeinschaftsanstrengung auch der lokalen CDU-Verbände sein oder auch der Vereinigungen?

- Das Durchschnittsalter der CDU-Mitglieder im Landkreis Osnabrück beträgt 57,2 Jahre. Die Partei ist einfach

„Die Urwahl ist ein zentrales Instrument der Mitgliederbeteiligung.“

überaltert. Hätte ein Unternehmen einen solchen Altersschnitt, befände sich fast die gesamte Firma im Vorruhestand. Unternehmensleitung und Betriebsrat würden wohl gemeinsame Überlegungen anstellen, um den Altersschnitt zu senken. Wenn man jedoch die Teilnehmer von größeren Veranstaltungen be-

In der Wirklichkeit angelangt ?

Die Zerreißprobe der Grünen / Veränderter Zeitgeist

Von Michael Erdhaus

I. Die dritte Zäsur im 19. Jahr nach ihrer Gründung

Die grüne Bewegung befindet sich in der dritten tiefen Zäsur seit ihrer Gründung vor knapp 19 Jahren. Zu Anfang verließen gerade die bürgerlichen Ökos die Partei angesichts des Zulaufs aus dem autonom-linken Milieu. Sodann etablierten sie sich als ökologisch-alternative Linkspartei. Ein Jahrzehnt später, Ende der 80er Jahre, kam es zum Bruch zwischen dem -bisher dominierenden- fundamentalistischen und dem eher realpolitischen Flügel. Die Realos gewannen zwar diese Auseinandersetzung und viele prominente Fundis wie Ditfurth und Ebermann verließen die Partei; die West-Grünen flogen aber 1990 infolge diesen Streits aus dem Bundestag. Nun, wieder zehn Jahre später, stecken sie zum dritten Male in einer Krise. Und wenn diese Krise sich auch nicht existenzbedrohend auf die Grünen auswirken wird, so wird sie sie doch nachhaltig verändern.

II. In der Wirklichkeit oder nur in der Regierung angekommen?

Getragen vom alternativen Lebensgefühl der 68er-Generation und der APO bildeten die Grünen ab Ende der 70er Jahre ein politisches Forum für Umweltschützer, Pazifisten, Sozialisten wie Aussteigern aus der bürgerlichen Gesellschaft.

Aus diesem Selbstverständnis heraus war und ist die grüne Partei in weiten Teilen auch heute noch eine klassische Oppositionspartei. Dies zeigt sich u.a. daran, daß bis auf das Bundesland Hessen es den Grünen in fast zwei Jahrzehnten ihres kometenhaften Aufstiegs nicht gelungen ist, länger als vier Jahre in der Regierung zu bleiben oder gar nach einer Wahlniederlage zusammen mit der SPD wieder in die Regierung zu kommen. Und genau dort verläuft nun -unabhängig der Flügelzugehörigkeit- die nach innen gerichtete Trennlinie ihrer Zerreißprobe: zwischen denen, die ihr politisches Engagement immer als Opponieren gegen eine bürgerliche Welt verstanden haben, und denen, die politisch gestalten wollen.

Es verläuft darüber hinaus noch -abhängig der Flügelzugehörigkeit- eine zweite, nach außen tretende Trennlinie. Sie wird nicht darüber entscheiden, ob sich die Grünen spalten, sondern eher, ob sie eine politische Zukunft

haben werden. Es ist die Kernfrage: Sind die Grünen nur in der Bundesregierung angekommen oder auch in der Wirklichkeit? Waren die Grünen voll im Zeitgeist der prosperierenden Bundesrepublik der 80er Jahre, gerieren sie sich im Gros auch heute noch so. Insofern sind sie im Kern eine westdeutsche Partei im Geiste der alten Bundesrepublik geblieben, durchquotiert nach Geschlecht, Standpunkt und Herkunft. Ihr politisches Handeln wird bis in diese

"Wo die Globalisierung Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme prägt und umwälzt wie nie eine Zeit-epoche vor uns, beschäftigen sich die Grünen mit der Gleichberechtigung der Geschlechter vor dem Geschirrspülautomaten und Tempo 100 auf Autobahnen."

Tage hinein bestimmt durch Begriffe aus der damaligen Gründerzeit: ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei. Mögen einige zentrale Punkte grüner Programmatik vor 15, 20 Jahren ihre Berechtigung gehabt haben, so hat sich seit 1990 die Welt um uns herum total verändert: Wo die Globalisierung Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme prägt und umwälzt wie nie eine Zeit-epoche vor uns, beschäftigen sich die Grünen mit der Gleichberechtigung der Geschlechter vor dem Geschirrspülautomaten und Tempo 100 auf Autobahnen.

III. Die Chance der Grünen

Unterschwellig kommt immer mehr ein programmatischer Widerspruch zu Tage, der ebenfalls aus ihren Wurzeln herrührt. Sie sehen sich einerseits als eine liberal geartete Partei, die dem einzelnen möglichst viel Raum zur Selbstentfaltung gegenüber staatlicher Bevormundung geben will (Beispiel Drogenfreigabe). Andererseits sind sie in Teilen der Führung, noch mehr aber an der Basis eine zutiefst kollektivistisch ausgerichtete Partei: sie versuchen mit staatlichen Eingriffen Probleme zu bewältigen. So haben bisher nur wenige erkannt, daß Umweltschutz sehr wohl durch kreative, ökonomisch sinnvolle Maßnahmen erreicht werden kann, z.B. Luftverbesserung durch die Herausgabe von Umweltzertifikaten statt durch den einfältigen Weg der steuerlichen Belastung von Luftverschmutzung. Dieser kollektivistische Ansatz und nicht die Idee des Umweltschutzes hat auch erst dazu geführt, daß die Grünen zum natürlichen Bündnispartner der SPD wurde.

Tiefgreifende Probleme in Gesellschaft und Wirtschaft lassen sich jedoch zunehmend nicht mehr staatlich-regulierend lösen. Zudem tummeln sich mit SPD und PDS zwei Parteien im Kollektivismus-Becken, die ein klares Profil haben. Die Grünen werden daher auf Dauer nur eine Chance haben, wenn sie sich zu einer linksliberalen, ökologisch ausgerichteten Partei entwickeln und

sich vom Fundi-Flügel trennen. Und erst dann wird es Sinn machen, über schwarz-grüne Bündnisse ernsthaft zu diskutieren.

IV. Sich überlebt ?

Nach einer kürzlich veröffentlichten Umfrage des Allensbach-Instituts unter Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren ist festgestellt worden, daß die junge Generation technikbegeistert und leistungsbereit ist, Eigeninitiative befürwortet und die Union als kompetenteste Partei ansieht. Der Zeitgeist-Wind hat sich 17 Jahre nach Kohls Wort der geistig-moralischen Wende gedreht. Die Grünen verlieren somit ein Identifikationsmerkmal: politische Vertreter der jungen Generation zu sein. Nicht nur die sie repräsentieren Figuren, sondern auch ihre Wählerschaft ist älter geworden.

Der Grünen unbestrittener Verdienst ist es gewesen, ein umweltschützendes Bewußtsein in der Öffentlichkeit zu verankern. Es wird sich zeigen, ob die grüne Idee sich überlebt hat, oder ob die Partei „Die Grünen“ sich ein neues ideologisches bzw. funktionales, mehrheitsbeschaffendes Etikett verschaffen können. Den Weg der Grünen weiterzuverfolgen, wird daher spannend bleiben.

On Air

Schon mal daran gedacht, mit einem eigenen Radio-Beitrag auf Sendung zu gehen? Wer Interesse hat, mit fachlicher Anleitung einen Radio-Beitrag für den Offenen Kanal Osnabrück (104,8 MHz) zu gestalten, melde sich bitte bei Frank Hilker, Telefon (05465) 20 93 44, frank@ju-ikos.de. Vorkenntnisse im journalistischen oder radiotechnischen Bereich sind nicht erforderlich.

Schäuble in OS

CDU-Kundgebung mit Dr. Wolfgang Schäuble und Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering am Montag, 7. Juni, um 16.00 Uhr am Nikolaiort in Osnabrück.

JU-Aktiv

Am 12./13. Juni findet in Krefeld ein Aktiv-Wochenende der Jungen Union Osnabrück-Land statt. Alle Mitglieder und Interessenten, die schon immer mal die JU kennenlernen wollten, sind herzlich eingeladen! Mehr Infos in der Geschäftsstelle.



JU Alfhhausen sammelte Müll

Ganz im Zeichen der Natur stand der diesjährige Umwelttag der Gemeinde Alfhhausen. In einem Rundschreiben rief die Gemeinde alle Vereine dazu auf am diesjährigen Umwelttag mitzuwirken. Natürlich war die JU Alfhhausen sofort bereit sich an der Aktion zu beteiligen. Aufgrund der späten Terminbekanntgabe war es doch erstaunlich, wie schnell sich die Mitglieder mobilisieren ließen, und wir wieder fast vollständig unseren Mann (Frau) gestanden haben. Auch wenn es ab und an schon mal senkrecht regnete waren wir mit vollem Elan dabei und haben unseren Teil zur Umweltsäuberung geleistet. "Einige waren doch erstaunt, wieviele Leute ihren Müll unachtsam in die Botanik befördern", so Michael Erdhaus (2.v.r.) zum stellv. Landrat Dr. Hermann Meyer, der Schirmherr des Alfhäuser Umwelttages war. Zum Schluß sollte es den Helfern auch nicht an Essen und Trinken fehlen, das uns Bürgermeister Karl-Heinz Bittner spendierte.

Tobias Greve

"Die Menschen wollen kein

Professor Dr. Hans-Gert Pöttering ist seit 1979 Mitglied des Europäischen Parlaments und kandidiert in diesem Jahr als Spitzenkandidat der CDU in Niedersachsen für das Osnabrücker Land, die Grafschaft Bentheim, das Emsland und das Friesland um einen Sitz im Straßburger Parlament. Marcus Menster führte mit dem Bad Iburger, der auch ehemaliger Kreisvorsitzender der Jungen Union Osnabrück-Land ist, ein Interview.

Welche Bedeutung kommt der am 13. Juni 1999 stattfindenden

Wahl zum Europäischen Parlament zu?

Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind von sehr großer Bedeutung. In elf der fünfzehn Länder der Europäischen Union stehen sozialistische oder sozialdemokratische Regierungschefs an der Spitze. Die Europawahl kann zu einer parteipolitischen Korrektur führen. Die Menschen wollen kein sozialistisch ausgerichtetes Europa. Sie wollen eine Machtbalance. Deswegen müssen die bürgerlichen und die mit ihnen verbündeten Parteien gestärkt werden. Wir streben an, daß die Europäische Volkspartei (EVP), in der sich christdemokrati-

sche, konservative und liberale Parteien zusammengeschlossen haben, zur stärksten Kraft im Europäischen Parlament wird. Dieses wird uns aber nur gelingen, wenn wir als CDU engagiert und kämpferisch um jede Stimme ringen.

Wie soll der Aufbau Europas gestaltet werden?

Wir wollen ein demokratisches, föderales, starkes und handlungsfähiges Europa, aber keinen europäischen Zentralismus. Städte und Gemeinden, Landkreise, die Bundesländer, die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische



Europawahlen zur Machtbalance nutzen!

Union sind Ebenen politischer Gestaltung, die nach den Grundsätzen der Subsidiarität in ihrem Aufgabenbereich verantwortlich handeln. Dabei sind Europa und Nation kein Gegensatz. Bundespräsident Herzog hat es so formuliert: "Nichts hindert Vaterländer daran, sich in einer Föderation zusammenzuschließen, und doch Vaterländer zu bleiben". Dieses ist der richtige Weg.

Wie beurteilen Sie die Europapolitik der gegenwärtigen Bundesregierung?

In der Europapolitik ist Kontinuität notwendig. Die Bundesregierung hat in kürzester Zeit viel Vertrauen bei unseren Partnern verloren: Diskussion über die Nuklearstrategie des Westlichen Bündnisses (Fischer), neuer "Realismus" im Hinblick auf den Beitritt der Länder Mitteleuropas zur Europäischen Union (Schröder), was als Verzögerung der Erweiterung bei unseren mitteleuropäischen Partnern verstanden wurde, das Inaussichtstellen der Kündigung von Verträgen mit London und Paris aufgrund "höherer Gewalt"

Das politische Fehlverhalten der Bundesregierung hat das Vertrauen unserer Partnern in die Kontinuität unserer Europapolitik beeinträchtigt.

im Hinblick auf die Wiederaufbereitung nuklearer Brennstäbe (Trittin) sind Beispiele für politisches Fehlverhalten, das das Vertrauen in die Kontinuität unserer Europapolitik beeinträchtigt hat. Hinzu kommt – aus deutscher Sicht

–, daß Bundeskanzler Schröder die deutschen Interessen auf dem Gipfel von Berlin Ende März vernachlässigt hat. Denn der deutsche Nettobeitrag wurde nicht, wie vom Kanzler vorher vollmundig angekündigt, wirksam gesenkt. Alle EU-Länder konnten mit dem Ergebnis von Berlin zufrieden sein, Deutsch-

Die zentrale Lage in der Mitte Europas nutzt der Region Osnabrück.

land kann es nicht sein. Allerdings bei der Bewältigung der Tragödie im Kosovo findet die Bundesregierung unsere grundsätzliche Zustimmung.

Welche wirtschaftlichen Vorteile hat die Region Osnabrück durch den Markt der Europäischen Union?

Mit über 370 Millionen Menschen ist der Europäische Binnenmarkt der größte gemeinsame Markt der Welt und garantiert mit dem Vertrag von Maastricht den freien Austausch von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Auch die Region Osnabrück nutzt die großen Vorteile des vereinten Europas. So gewinnt

unsere Region mit ihrer zentralen Lage in Niedersachsen in der Mitte Europas, als eine Brücke von Nord nach Süd und von Ost nach West, immer mehr an Bedeutung. Unsere Grenzregion zu den Niederlanden wird verstärkt zu einer euro-

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, MdEP

Privat

- Dr. phil., Jurist; geboren am 15. September 1945 in Bersenbrück; katholisch; 2 Söhne
- Studium der Rechtswissenschaften, Politik und Geschichte an den Universitäten Bonn und Genf; 1971 Studienaufhalt an der Columbia-Universität New York; 1974 Promotion; 1976 zweites juristisches Staatsexamen; 1976 bis 1979 wissenschaftlicher Angestellter.
- 1989 Berufung zum Lehrbeauftragten der Universität Osnabrück. 1995 Berufung zum Honorarprofessor. Veröffentlichung zahlreicher Beiträge zur europäischen Politik
- Hobbies: Schwimmen, Kartenspielen, Skifahren, Lesen

Politisch

- 1974-80 europapolitischer Sprecher der JU Niedersachsen
- 1981 bis 1991 Landesvorsitzender der Europa-Union Niedersachsen
- Präsident der Europa-Union Deutschland (Wahl im Oktober 1997)
- CDU-Kreisvorsitzender im Landkreis Osnabrück (seit 1990)

In Europa

- Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1979
- stellv. Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament (Christlich-demokratische Fraktion)
- Spitzenkandidat der CDU in Niedersachsen für die Europawahl
- Mitglied im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments.
- 1984 bis 1994 Vorsitzender des Unterausschusses „Sicherheit und Abrüstung“ des Europäischen Parlaments.
- Leitung der Arbeitsgruppe „Regierungskonferenz 1996“ von EVP und EVP-Fraktion, deren Vorschläge als Grundsatzpapier Anfang November 1995 vom Kongreß der EVP in Madrid mit großer Mehrheit verabschiedet wurden.
- Gegenwärtig Leitung der Arbeitsgruppe "Erweiterung der Europäischen Union" von EVP und EVP-Fraktion, die in den nächsten Jahren alle Fragen beraten wird, die im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union um die mitteleuropäischen Staaten stehen.
- Gewählt über Landesliste Niedersachsen (es gibt bei Wahlen zum Europaparlament nur Landeslisten)

Europabüro Osnabrück, Schepelerstr. 20, 49074 Osnabrück, Tel.: 0541-57060, Fax: 0541-57013

Europ. Parlament, Rue Wiertz LEO 15 E 158, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-28 4-5311, Fax: 0032-2-284-9311

hpoettering@europarl.eu.int

www.cdu-lkos.de/poettering

sozialistisches Europa!"

päischen Binnenregion. Im Schnittpunkt der Verkehrsachse Amsterdam-Osnabrück-Hannover-Berlin-Warschau bzw. von Süddeutschland und dem Ruhrgebiet nach Norddeutschland und Skandinavien liegend, besitzt unsere Region einen bedeutenden Standortvorteil für die Unternehmen. Mit dem Ausbau des Flughafens Münster/Osna-

Der Vertrag von Amsterdam hat das Europäische Parlament gestärkt.

brück als ein Beispiel für die Verbesserung der Infrastruktur und dem Ausbau des Kultur- und Fremdenverkehrskonzeptes der Region Osnabrück sind weitere wichtige Schritte unternommen worden. Es ist nicht zuletzt die Aufgabe des Europäischen Parlaments, das "Europa der Regionen" zu fördern. Politische Entscheidungen müssen möglichst bürgernah getroffen und strukturschwache Gebiete finanziell unterstützt werden. Landesgrenzen spielen dabei immer weniger eine Rolle.

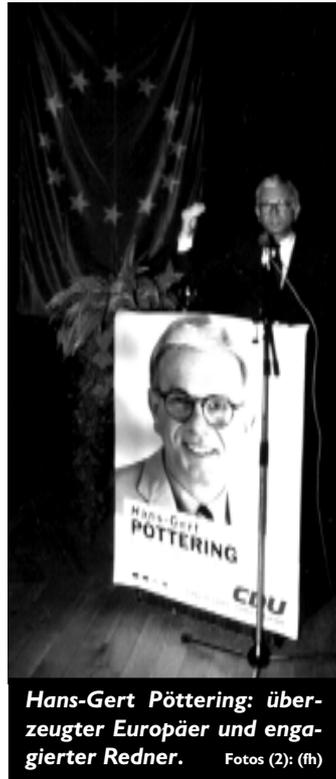
Warum ist der Vertrag von Amsterdam erforderlich geworden?

Das Inkrafttreten des Vertrages von Amsterdam am 1. Mai 1999 ist ein großer Schritt nach vorn für die Kompetenzen des Europäischen Parlaments. In Zukunft unterliegen 75-80 Prozent der europäischen Gesetzgebung der Mitentscheidung des Europäischen Parlaments. Desweiteren wird der Kommissionspräsident vom Parlament gewählt und die gesamte Kommission bedarf seiner Zustimmung. Als einzige von den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union gewählte Institution hat das Europäische Parlament damit größeren Ein-

Die Reform der Europäischen Union ist noch nicht abgeschlossen.

fluß gewonnen. Es wird seine Verantwortung als Kontrollleur der Bürokratie immer entschlossener wahrnehmen.

Sind weitere Reformen der europäischen Institutionen notwendig?



Hans-Gert Pöttering: überzeugter Europäer und engagierter Redner. Fotos (2): (fh)

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages ist die Reform der Europäischen Union noch nicht abgeschlossen, sondern sie muß weiter dynamisch vorangetrieben werden. Das Europäische Parlament ist an der Festlegung eines klaren Verfahrens für die Weiterentwicklung der Institutionen der Europäischen Union zu beteiligen. Bei einer Reform müssen die umfassende Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, zusätzliche Befugnisse für das Europäische Parlament

"Wir Europäer müssen mehr Verantwortungsbewußtsein für unseren Kontinent entwickeln."

sowie die Kodifizierung von Grundrechten für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union im Mittelpunkt stehen. Eine Reform der Institutionen der Union ist die Voraussetzung jeder EU-Erweiterung.

Wie ist Europa auf eine Krise, wie es sie derzeit im Kosovo gibt, vorbereitet?

Auf eine Tragödie, wie die Welt sie gegenwärtig auf dem Balkan erlebt, kann Europa nicht wirklich vorbereitet sein. Bereits vor der Militäraktion der westlichen Welt

gegen Milosevic waren nahezu 500 000 Albaner im Kosovo vor dem serbischen Diktator – ein Hitler und Stalin unserer Tage - auf der Flucht oder wurden aus ihren Häusern vertrieben. Nun kommen unzählige Vertriebene und Flüchtlinge hinzu. Um das Elend zu beenden und die Not zu lindern, muß die verbrecherische Politik von Milosevic mit allen geeigneten politischen und militärischen Mitteln beendet werden. Deswegen war es richtig, daß die NATO in Jugoslawien handelt. Hinzukommen müssen weitere, umfassende und wirksame Hilfsaktionen der internationalen Gemeinschaft mit besonderer Verantwortung der Europäi-

Die verbrecherische Politik Milosevics muß mit allen Mitteln beendet werden.

schen Union. Ziel der europäischen Politik muß sein, daß den Menschen auf den Balkan selbst geholfen wird, damit sie bald in ihre Heimat im Kosovo zurückkehren können.

Brauchen die Europäer eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik?

Ja, sie ist dringlicher denn je. Wir

Europäer müssen mehr Verantwortungsbewußtsein für unseren Kontinent entwickeln, um zur Sicherung von Stabilität und Frieden beizutragen. Denn Jugoslawien zeigt, daß der Friede zerbrechlich ist. Wir

Die EU leistet einen verantwortungsvollen Beitrag für Frieden und Freiheit im 21. Jahrhundert.

brauchen ein europäisches Sicherheitssystem, welches dauerhaft und verläßlich auf die Stärke des Rechts aufbaut. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union muß ernsthaft weiter- und zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik fortentwickelt werden. Die notwendigen politischen und militärischen Entscheidungsstrukturen in der Europäischen Union müssen nun geschaffen werden, um ein einheitliches Handeln beim europäischen Krisenmanagement und ein entschlossenes Auftreten bei der Sicherung von Stabilität und Frieden zu ermöglichen. So leistet die Europäische Union einen verantwortungsvollen Beitrag für Frieden und Freiheit auf unserem Kontinent im 21. Jahrhundert.



Euro-Talk beim Wahlkampfauftakt

Neben der "richtungweisenden Rede" (Landrat Manfred Hugo) von Hans-Gert Pöttering stand ein von der stellvertretenden Landrätin Ulrike Horstmann (rechts) moderierter Euro-Talk im Mittelpunkt der CDU-Wahlkampfauftaktveranstaltung am 7. Mai in Bad Rothenfelde. Vertreter der CDU-Vereinigungen "talkten" da-

bei über die europäische Einigung aus ihrer jeweiligen Sicht.

Für die junge Generation liegen in Europa große Chancen, betonte Judith Hilker als Vertreterin der Jungen Union (2.v.l.). "Doch die größte Herausforderung richtet sich an uns selbst: Wir alle müssen an der Gestaltung Europas mitwirken!"

"Ein bunter Klecks mitten in Europa"

Europa-Meeting in Poznan / Jubiläum in 2000 wird im Landkreis gefeiert

Von Jens Waltermann

Das Wetter hätte nicht schöner sein können, als eine kleine Delegation aus dem Landkreis Osnabrück sich in den Zug Richtung Polen begab. Poznan war das genaue Ziel der noch müden Gruppe. Die Sitzplätze waren schnell gefunden und das Gepäck für den viertägigen Trip schnell verstaut. Eine gewisse Anspannung war den JU'lern jedoch schon anzumerken, als der Zug sich in Bewegung setzte. Was würde uns erwarten? Poznan, was ist das für eine Stadt? Wer wird uns dort erwarten? Sind es die Freunde, die bei uns im letzten Jahr - als wir das Europa-Meeting ausgerichtet hatten - zu Gast waren, oder treffen wir nur auf neue Gesichter?

Zwei Sachen waren auf jeden Fall sicher: Zum einen werden wir die Holländer und Schweizer wiedersehen, die nun schon seit Jahren am Europa-Meeting teilnehmen. Seit 1990 besteht das Europameeting nun schon, und es ist immer wieder schön, ein wenig über die politi-

"Es ist immer wieder schön, ein wenig über die politischen Strukturen unserer Nachbarn zu erfahren."

schen Strukturen unserer Nachbarländer von Gleichgesinnten zu erfahren. Insbesondere wenn man sie schon seit Jahren auf den Europameetings wieder sieht.

Auf der anderen Seite hatte der Austragungsort in Polen den Nebeneffekt, daß sich das Meeting



Empfang im Rathaus Poznans.



Die Teilnehmer am Europa-Meeting junger Christdemokraten.

Richtung Osten weiter öffnet. So werden wir neben einer ungarischen oder slowakischen Delegation auch auf Jugendliche aus der Ukraine und aus Weißrußland treffen.

Das erste Mal wurden wir aus unseren Gedanken gerissen, als wir in Wolfsburg umsteigen wollten.

Pause in Berlin

Unser weiteres Reise-mittel sollte nun der ICE sein. Wie wir auf dem Bahnsteig erfuhren, hatte dieser allerdings fast eine Stunde Verspätung, so daß wir uns schnell entschlossen, bis Berlin in unserem Zug weiterzufahren. Den Anschlußzug nach Polen in Berlin haben wir natürlich verpaßt. Vier

Stunden Pause – Pause in Berlin! Einen besseren Ort für einen Zwischenstopp kann es ja fast gar nicht geben! Wir setzten uns zu unserer ersten Erkundungstour in Bewegung: Potsdamer Platz, Brandenburger Tor, Hotel Adlon, Reichstag, Ku'damm, KDW, ... Im Flug waren die Stunden vorüber und wir saßen wieder im Zug. Jetzt ging es über die Grenze. Ein kritischer

Blick in unsere Pässe, ein Stempel und wir waren in Polen. Von nun an fing die Uhr an sich schneller zu drehen. So aufregend waren die nächsten Tage:

Wir kamen im Bahnhof in Poznan an und wurden sofort von unseren Bekannten aus dem letzten Jahr empfangen. Alle waren sie da. Sofort wurden wir auf die Autos aufgeteilt und ab zum Rathaus. Die ersten Eindrücke der Stadt prassel-



Jens (links) beim Knüpfen europäischer Kontakte.

ten auf uns ein. In den nun dunklen Abendhimmel ragten einige Leuchtreklamen. Die Straßen waren zwar holprig, aber die Häuser an denen wir vorbeifahren waren überraschend abwechslungsreich. Genauso wie das Programm, das uns nun erwartete.

Verspätet trafen wir vor dem Rathaus ein. Ein unglaublich prächtiger Bau, schön restauriert mit einem historischen Innenhof. Wir stiegen eine lange Treppe hinauf und fanden uns inmitten der anderen Teilnehmer wieder. Etwa 40 Gleichaltrige und ein Bürgermeister standen um uns herum. Am Buffet kam man schnell ins Gespräch und versuchte einen Überblick zu bekommen, wer

von wo war. Es ging weiter in die Altstadt, die am Abend sehr viel Atmosphäre versprühte. Dort ging es in einen Pub und das erste Bier stand auf dem Tisch. Nun verflohen auch für den letzten die Sprachbarrieren und am nächsten Morgen wachten wir in einem sehr ordentlichen Hotel auf.

Während der Euro oder der Transitverkehr Themen in den vergangenen Jahren waren, standen dieses Jahr die Themen der Osterweiterung der EU oder der Prozeß der Demokratisierung auf der Tagesordnung. Besonders interessant war ein Vortrag von Mr. van Laarhoven, dem stellvertretendem Bundesvorsitzendem der CDA (vergleichbar mit der CDU in

Europäische Kontakte werden am Buffett geknüpft.

Deutschland) über die Werte der Christdemokratie. Er veranschaulichte unsere gemeinsamen Werte in der EU und die allgemeinen Perspektiven dieser Christdemokratie

in Europa. Ein weiterer Höhepunkt bei den Vorträgen war die jüngste deutsche Abgeordnete der CDU im Bundestag, Frau Reiche aus Brandenburg. Dieses war aus dem Gesichtspunkt des Zusammenwachsens von Ost- und Westdeutschland für uns sehr interessant, aber auch für die ost-

europäischen Teilnehmer, da Frau Reiche die Probleme, die die Um-

Der Demokratisierungsprozeß vollzieht sich nicht über Nacht.

stellung eines sozialistischen Systems auf ein demokratisches aus ihren täglichen Erfahrungen veranschaulichte. Die Schlußfolgerung war, daß solche Veränderungen nicht über Nacht passieren können, sondern daß man wohl eine ganze Generation Geduld haben muß, damit die Bürger das Verständnis, sich selbst in einen Prozeß

mit einzubringen und viele Meinungen zu haben, zwischen denen Abgewogen werden muß, in sich aufnehmen. Es bestehe immer wieder die Gefahr, daß die Rufe nach einer starken diktatorisch führenden Hand aufflammen.

Zwischen den Vorträgen und Diskussionen gab es aber genügend Zeit zum Kaffee

trinken und zu kleinen Gesprächen am Rande, so daß die Gruppe immer mehr zusammenwuchs. Nachmittags stand bei immer noch sensationellem Wetter eine Sightseeing-Tour auf dem Programm. Also alle ab in einen Bus (sogar mit Klimaanlage und allem Schnickschnack) und raus aus in einen kleinen Nachbarort. Dort besichtigten wir in aller Ruhe ein wunderschönes kleines Castle. Dabei übersetzte uns Jarek, einer der Organisatoren, eine Stunde lang die scheinbar nicht aufgehenden Erläuterungen des polnischen Führers. Nachdem wir auch dieses überstanden hatten, war die Zeit an diesem idyllischen Fleck eigentlich viel zu kurz und es ging wieder in die 600.000 Einwohner Metropole.

Nachdem wir dann ausgiebig in unserem Hotel gespeist hatten, verbrachten wir den Abend zunächst ganz amerikanisch auf einer riesigen Bowlingbahn. Nur das Bier war natürlich polnisch. In der integrierten Disco kannten wir bald

Russischer Wodka und Selbgebranntes aus der Ukraine

sämtliche Gäste, da die Polen uns ihre ganzen Studienkollegen vorstellten. Angeblich sollen die Barkeeper am späteren Abend bei dem einen oder anderen schon unaufgefordert das richtige Getränk gemischt haben. Angesichts dieser Tatsache ist es wohl nicht verwunderlich, daß das Aufstehen nicht bei



Sightseeing in Polen. Fotos (4): Jens Waltermann

jedem pünktlich geklappt hat. Der zweite Tag folgte einem ähnlichen Muster. Am letzten Abend gab es dann eine Euro-Party. Dort schwang schon ein wenig Wehmut mit, daß man sich am nächsten Morgen schon wieder aus den Augen verliert. So widmeten wir uns bei unseren Ge-

"Poznans Innenstadt strahlt in einer Schönheit, die man nur selten findet."

sprächen nicht mehr nur dem polnischen Bier, sondern auch dem russischen Wodka und Selbstgebranntem aus der Ukraine. Am nächsten Morgen stand noch Sight-

Euro-Meeting 2000 im Osnabrücker Land

seeing auf dem Programm und dann strömten wir wieder in alle Himmelsrichtungen auseinander. Allerdings nicht ohne den Ort für das Nächste Europameeting bekannt zu geben: Nach guter Tradition werden wir im Jahr 2000 das Euro-Meeting im Landkreis Osnabrück ausrichten. Ich hoffe, daß der eine oder andere Lust bekommen hat, dabei mitzumachen. Eins bleibt allerdings noch festzuhalten! Wer glaubt, Poznan sei eine graue Stadt, der hat sich getäuscht. Sicherlich gibt es in den Randbezirken wie in jeder großen Stadt einige Wohnsilos, und die Infrastruktur ist noch nicht mit unserer vergleichbar, aber zumindest die Innenstadt strahlt in einer Schönheit, die man nur selten findet.

Für viele bleibt Poznan vielleicht ein grauer Fleck auf der Landkarte, aber für die, die da waren, ist es ein bunter Klecks mitten in Europa.



Die Innenstadt Poznans.

Sascha Tobergte ist neuer Vorsitzender in GMHütte

Sascha Tobergte wird künftig an der Spitze des Stadtverbandes stehen und löst nach drei Jahren Amtszeit Thorsten Schoppmeyer ab.

Thorsten hatte nach dieser erfolgreichen Zeit bereits im Vorfeld angekündigt nicht wieder zur Verfügung zu stehen. Er wolle sich in Zukunft mehr auf seine Aufgaben innerhalb der CDU konzentrieren, für die er bereits Stadtvorsitzender und im Bezirksvorstand tätig ist.

Stellvertretender Vorsitzender wurde Björn Wannink. Raoul Mosel konnte sein Amt aus beruflichen Gründen nicht weiter fortführen. Alter und neuer Schatzmeister ist und bleibt Sascha Gentemann, dessen professionelle Arbeit mit der Wiederwahl für seine vierte Amtszeit belohnt wurde. Neue Pressereferentin ist Tanja Gentemann. Sie übernimmt die alte Aufgabe des jetzigen Vorsitzenden.

Der bereits im letzten Jahr begonnene Verjüngungsprozess setzte sich auch bei der Wahl der fünf Beisitzer fort. Die gänzlich neuen Gesichter Simone Speckmann,

Christoph Gröne, Florian Kahler und Stephan Schulte bilden zusammen mit dem wiedergewählten Stefan Birgoleit das neue Team.

Thorsten beleuchtete zunächst in einem Resümee das vergangene Jahr mit seinen Höhepunkten "Jubiläumsteltlager" und "Kirmes-Getränkstand", und bedankte sich in der Folge für die große Unterstützung und die vielen Helferinnen und Helfer, die seine erfolgreiche Arbeit erst möglich gemacht hätten.

Den Ausblick auf das kommende Jahr übernahm Sascha Tobergte, für den auf der einen Seite die erfolgreiche Gestaltung der Fixpunkte im Programm und auf der anderen die Themen Mitgliederwerbung, Erscheinungsbild und politisches Profil als Aufgaben standen.

"Als Vorsitzender eines Stadtverbandes mit derzeit 88 Mitgliedern ist es meine Aufgabe, die JU zu dem kritisch-konstruktiven Motor der CDU zu machen, ihren Einfluss bei der Stadt und den Jugendlichen zu vergrößern und vor allem das inhaltliche, das politische Profil zu schärfen", so Sascha. *Tanja Gentemann*



Ingmar Barthel JU-Chef in Hagen

Die JU Hagen hat einen neuen Vorsitzenden. Auf der Jahreshauptversammlung wählten die Hagener jetzt Ingmar Barthel (2.v.r.) an ihre Spitze. Sein Stellvertreter wurde Thomas Friebe (links). Weiterhin gehören Martin Kurreck (Geschäftsführer, mitte), Ingo Frommeyer (Pressereferent, rechts) und Christine Köppen (Beisitzerin, 2.v.l.) dem neuen Vorstand an. Der scheidende Vorsitzende David Jung, hob in sei-

nem Jahresrückblick neben vielen Aktivitäten (z. B. Bonnfahrt, Presseseminar) insbesondere auch den für den Hagener Verband zu verzeichnenden positiven Mitgliederzuwachs hervor. Ingmar Barthel verwies in seinem Ausblick auf die wichtige Wahl des CDU-Kandidaten Aloys Grba zum hauptamtlichen Bürgermeister in Hagen, zu der auch die JU ihren Beitrag leisten müsse.

Ingo Frommeyer

Planwirtschaft statt Landwirtschaft:

Warum die Milchquote "Sofamelkern" Bares bringt, aktiven Milcherzeugern aber die Expansion erschwert

Von Hans-Christian Hülsmann

Seit dem 11.03.99 ist es also nun perfekt: Die Agenda 2000 steht. Sie soll u.a. die EU-Agrarpolitik reformieren und die (Förder-)Ziele der Europäischen Kommission zunächst bis 2006 festschreiben. Aber welche Perspektiven ergeben sich aus der Agenda für zukunftsorientierte Landwirte? Trägt sie dazu bei, daß europäische Bauern international wettbewerbsfähiger werden?

Ich möchte dieses "Machwerk" nun einmal aus meiner Sicht beleuchten. Dazu muß ich zunächst

Milchquote nutzt den "Sofamelkern", aber nicht den aktiven Milcherzeugern.

einmal anmerken, daß ich mich aufgrund meines Backgrounds (Milchviehbetrieb mit 65 Kühen) vor allem auf den Milchmarktteil der

Agenda konzentrieren werde, diesen aber auch auf andere Bereiche für übertragbar halte.

Dazu müßt Ihr zunächst einmal wissen, daß es seit dem 1.4.84 die Milchquotenregelung in den EU-Staaten gibt. Diese weist jedem Milcherzeuger eine bestimmte Milchreferenzmenge mit einem

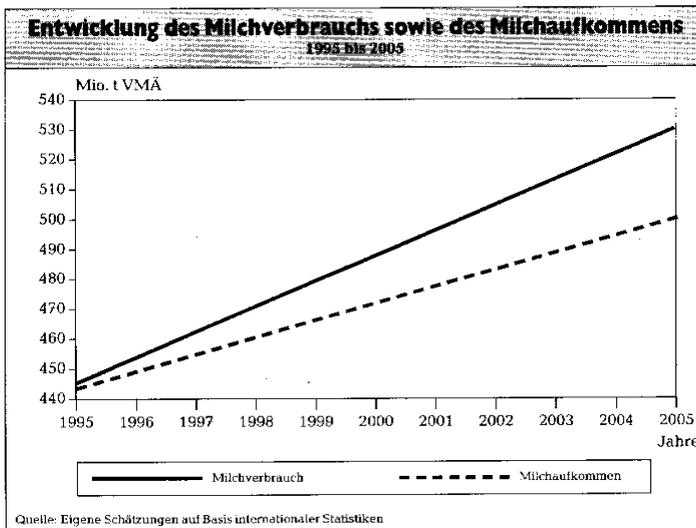
Die Quotenregelung ist ein "Bremsklotz" für den Strukturwandel.

gewissen Fettanteil zu. Überliefert er diese Fettmenge, so muß er für jeden überproduzierten Liter Milch eine Strafabgabe zahlen, die von der Höhe der Gesamtüberlieferung aller Betriebe einer Molkerei/eines Staates abhängt und im Extremfall deutlich höher sein kann als der ursprünglich ausgezahlte Molkereimilchpreis. Diese Quotenregelung wurde zunächst nur bis zum 31.3.2000 getroffen.

In der Zwischenzeit hat sich die

Quote vermehrt zu einem Besitz des Landwirts entwickelt. Mit der Folge, daß ausscheidende Bauern (bezeichnenderweise oft als Sofamelker bezeichnet, da sie trotz Aufgabe der Milchviehhaltung weiter kräftig an der Milch mitverdienen) ihre nun nicht mehr belieferte

stärken? Wie soll ein Milcherzeuger auf der einen Seite billiger und konkurrenzfähiger produzieren, wenn es ihm auf der anderen Seite sehr schwer gemacht wird, zu expandieren und dadurch Kosten einzusparen? Als Beispiel möchte ich anführen, daß die Quotenkosten je



Quote für immer mehr Geld verpachten oder verkaufen können, da die aktiven Milcherzeuger aufgrund des Milchpreisverfalls ihre Produktion ausweiten mußten und

Kuh etwa doppelt so hoch sind wie die Kosten für den Stallplatz. Das man so international nicht konkurrenzfähig wirtschaften kann (neben den EU-Staaten gibt es nur noch in Kanada eine Quote), liegt auf der Hand.

Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Agrarpolitik

zu diesem Zweck mehr Quote gebrauchen. Die Wertsteigerung der Quote entwickelte sich also zu einem Bremsklotz für den nötigen Strukturwandel in der europäischen Milchwirtschaft. Obwohl gerade dieser Strukturwandel im Rahmen der Agenda, entgegen früherer agrarpolitischer Ziele, gefördert werden soll, will man bis mindestens 2006 an der Quotenregelung festhalten.

Noch vor wenigen Jahren wollte man nur die kleinbäuerliche Struktur erhalten, zum Wohle der ländlichen Räume und des dörflichen Lebens. Das ist ein mögliches Ziel, das sich aber ohne eine Bereitstellung von finanziellen Mitteln als Subventionen und ohne Quotensystem nicht realisieren läßt, da man auf diese Weise nur relativ kostenaufwendig produzieren kann. Da in

Es soll so produziert werden, daß die Milch auch ohne Subventionen am Markt verkauft werden kann.

Wie paßt das zusammen und zu dem anderen Ziel der EU Kommission, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte zu

Europa nun langsam das Geld ausgeht und man die hohen Subventionskosten vor dem Steuerzahler nicht mehr rechtfertigen kann, hat man sich eine andere Strategie ausgedacht, die plötzlich genau das Gegenteil zum Ziel hat. Es soll so produziert werden, daß die Milch auch

Landwirtschaftspolitik in der EU

Um die europäische Landwirtschaft in ihren kleinen Strukturen weitgehend zu erhalten und um überproduzierte Produkte auf dem Weltmarkt verkaufen zu können, gibt es momentan u.a. folgende Strategien in Europa:

Kontingentierung (Begrenzung der Produktionsmenge z.B. bei Milch und Zuckerrüben):

- soll den Preis bei begrenztem Angebot künstlich hoch halten.
- Problem: Bei der Milch gibt es trotz der Quote einen Selbstversorgungsgrad in der EU von 120% mit der Folge, daß der Milchpreis auch nach Einführung der Quote (1984) drastisch gefallen ist.

Subventionen in Form von Preisstützungskäufen und Exportverbilligungen (z.B. bei Getreide und Milch):

- sollen helfen, überproduzierte Erzeugnisse auf dem Weltmarkt abzusetzen.
- Problem: Diese Politik ist sehr teuer und vor allem bei einer möglichen Osterweiterung der EU offensichtlich nicht weiter zu finanzieren. Außerdem prangern die Welthandelspartner diese Wettbewerbsverzerrung an.

Direkte Ausgleichszahlungen an die Bauern (z.B. bei der Flächenprämie):

- sollen Nachteile für die Bauern (z.B. standortbedingte) ausgleichen und Einkommensverluste kompensieren.
- Problem: Diese Prämien sind nicht an den Ertrag oder den Erfolg gekoppelt und somit "unmarktwirtschaftlich". Strukturelle Probleme werden überdeckt, aber nicht gelöst.

ohne Subventionen am Markt verkauft werden kann. Ein Ziel, das sich im Übrigen für sinnvoll und vernünftig halte.

Was passiert, wenn der Garantipreis um 15 Prozent gesenkt wird?

Was aber soll an den politischen Rahmenbedingungen geändert werden, damit die europäischen Milchbauern wettbewerbsfähig produzieren können, nachdem jahrzehntelang durch Eingriffe in den freien Markt versucht wurde, die kleinen Betriebe zu stärken (manchmal auf Kosten der größeren. Bsp.: Unterschiedliche Kürzungen der Milchquoten in den 80ern)?

Nun, der Milchgarantipreis wird um 15 Prozent gesenkt, und da die dadurch entstehenden Verluste für

Ausgleich für Auflagen erforderlich

den Bauern durch die Kuhprämie nur teilweise wieder ausgeglichen werden, sind die Bauern schließlich gezwungen, billiger zu produzieren. Das ist zwar richtig, aber solange es das Quotensystem noch gibt, solange Umweltauflagen in diesem Umfange vorhanden sind (was ich nicht kritisiere), solange es unzählbare politische Auflagen und kom-

Die EU-Landwirte brauchen sich vor den USA nicht zu verstecken!

plizierte Genehmigungsverfahren gibt, sehe ich nicht, wie man in (West-) Deutschland wettbewerbsfähig produzieren kann.

Mancher wird sich jetzt vielleicht fragen: Warum überhaupt Milchproduktion in Deutschland, wenn es sich doch nicht rechnet. Dazu möchte ich behaupten, aus meiner achtmonatigen Praktikums- und Studienzeit in den USA sagen zu können, daß sich hierzulande kein Bauer vor der scheinbar übermächtigen Agrarwirtschaft hinter'm großen Teich verstecken muß.

Zwar sind die Dimensionen dort ungleich größer, aber warum ist das so? Weil die Amerikaner von Anfang an auf Marktwirtschaft ge-

Milchverbrauch steigt weltweit an

setzt und anders als in Europa nicht den Strukturwandel gebremst haben. Natürlich sind die Löhne und Landkosten dort niedriger, aber kommt ein Teil der amerikanischen Überlegenheit nicht auch daher, daß die Umweltstandards überhaupt nicht mit unseren vergleichbar sind?

Da meine ich doch, daß unsere heimischen Bauern einen gewissen Ausgleich verdient haben, wenn man hier unter ganz anderen politi-

Nur die aktiven Milcherzeuger sollen an der Milch verdienen.

schen Vorgaben produziert, aber unter gleichen Bedingungen vermarkten muß. Wäre es nicht sinnvoller, die sicherlich teilweise notwendige Subventionierung noch mehr an schon jetzt vorhandene Umwelt- und Tierschutzauflagen zu knüpfen, anstatt jedem Bauer stumpf eine Flächen- oder Kuhprämie zu gewähren?

Es gibt ja auch Lichtblicke: Der

Was ändert die Agenda 2000?

Exportverbilligungen und Garantipreise für subventionierte Erzeugnisse (Interventionspreise für Milch, Rindfleisch, Getreide, Ölsaaten) sollen mit dem Ziel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit europäischer Landwirte **gesenkt** werden (bei Milch um 15%). Dieses ist ein Entgegenkommen an die außereuropäischen Weltmarktteilnehmer, die nun einen faireren Wettbewerb auf einem globalen Markt erwarten dürfen.

Um hierzulande die Verluste der Bauern zumindest teilweise wieder auszugleichen, wird es in Zukunft **mehr Direktzahlungen** an die Landwirte geben, die mehr oder weniger **unabhängig vom Ertrag pro Produktionseinheit** (pro ha oder pro Kuh) ausgeschüttet werden sollen.

Das Ziel soll also sein, daß die europäischen Landwirte weitgehend zu Weltmarktpreisen produzieren und deren Verluste durch Direktzahlungen abgemildert werden. Dieses ist natürlich auch vor dem Hintergrund der Osterweiterung der EU zu sehen, da das derzeitige **kostenaufwendige Subventionssystem** (79,2 Mrd. DM für den Zeitraum 2000-2006) nicht auch noch auf die landwirtschaftlich kleinstrukturierten Länder Osteuropas angewendet werden kann.

Die Milchquote soll bis 2006, wahrscheinlich sogar bis 2008 fortbestehen. Dieses hat die Konsequenz, daß ein aufstockungswilliger Milchviehbetrieb sich auch weiterhin erst sehr **teuer das Recht erwerben muß, mehr Milch zu produzieren**.

Es gibt allerdings noch einen Spielraum für nationale Ausgestaltungen bei der Quotenregelung, so daß das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

weltweite Verbrauch an Milch steigt (siehe Grafik), Milch hat ein tadelloses Image, Deutschland hat einen riesigen Absatzmarkt für Milch und liegt in der Nähe zu den Wachstumsregionen in Osteuropa, gute Ausbildung und Fleiß deutscher Landwirte...

Wenn ich die Milchbauern international konkurrenzfähig machen

Mehr Marktwirtschaft für die Agrarpolitik!

will, dann muß ich auch das Quotensystem abschaffen. Der Milchpreis wird dann automatisch sinken, da erst einmal mehr produziert wird. Aufgrund des niedrigen Preises werden aber auch wieder Landwirte aus der Produktion aussteigen, so daß andere expandieren können, ohne das Gesamtmilchkommen zu erhöhen. Es ist wichtig, daß allein die aktiven Milcherzeuger an der Milch verdienen, um dem Wettbewerb standhalten zu können.

Planwirtschaft führt zu Abhängigkeiten

Durch diese Maßnahme würde sich der Preis ganz automatisch nach marktwirtschaftlichen Kriterien einpendeln. Mit diesem zwar schwan-

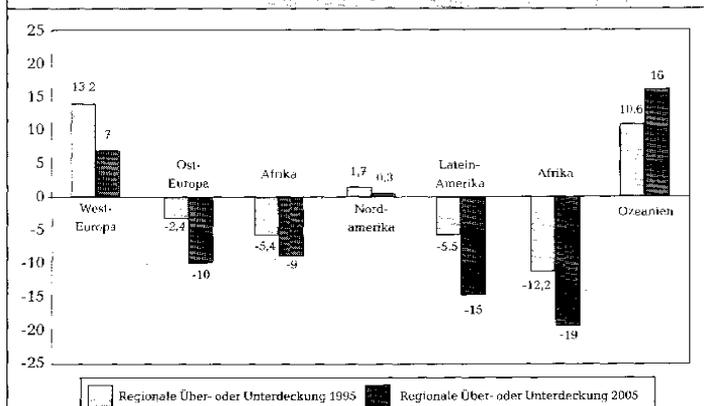
kenden, aber im Grunde verlässlichen Durchschnittsmilchpreis ließe sich für den Landwirt auch besser rechnen als mit einem Preis, der hauptsächlich von der Gesetzgebung und dem vorhandenem Geld in Brüssel abhängt.

Auch in der Landwirtschaft sollte man meiner Meinung nach von der Planwirtschaft weggehen und mehr Markt wagen. Es ist sicherlich besser, wenige größere und gesunde landwirtschaftliche Betriebe zu haben, als viele kleine, völlig von Subventionen und somit vom Wohlwollen des Gesetzgebers abhängige Bauernhöfe.



Nach seiner landwirtschaftlichen Berufsausbildung absolvierte Hans-Christian Hülsmann (22) aus Voltlage-Weese in den USA an der University of Wisconsin, Madison, mit Auszeichnung den "Farm & Industry Short Course" sowie verschiedene Praktika.

Versorgungsbilanzen auf dem Milchmarkt
1995 und 2005, in Mio. t Vollmilchäquivalent (VMÄ)



Quelle: Eigene Schätzungen auf Basis internationaler Statistiken

Aus: Landwirtschaftsblatt Weser-Ems Nr. 9 vom 5.3.1999

Mein Leben mit Gerd

Teil III

und mit ohne Oskar

Ich bin stinksauer. Alle lassen mich alleine. Der Gerd ist ständig unterwegs und muß nachbessern. Und der Oskar ist nun auf einmal überhaupt nicht mehr da. Der ist nämlich jetzt "Privatmensch". Um mich kümmerst sich nun niemand mehr, und ich kann es vor Langeweile kaum aushalten.

Da habe ich mir überlegt, einfach auch arbeiten zu gehen, nebenbei auf 630 Mark-Basis. Doch als ich den Gerd gefragt habe, ob ich seine Sekretärin sein dürfe, da hat er nur ganz verstört geguckt und gesagt: "Bist Du denn bescheuert? Das lohnt sich doch jetzt überhaupt nicht mehr!" So ist das. Vor lauter Langeweile sitze ich schon vor'm TV. Letztens habe ich da allerdings etwas sehr aufregendes gesehen, daß

sowohl in den Kategorien Spannung, Action als auch Witz die Höchstwertung verdient hätte.

Spannend war, daß bis zum Ende nicht klar war, ob die drohende Katastrophe abgewendet werden kann. Action fand statt, als nach einem Angriff auf die Hauptfigur ins Auge stehende, blutrote Spuren hinterlassen wurden. Und der Witz lag in dem Widerspruch, dass man sich ausgerechnet mit Gewalt für Gewaltfreiheit eingesetzt hat. Aber vielleicht kann letzteres auch gerade das Traurige gewesen sein, und ich habe eine Tragikomödie gesehen.

Als ich Gerd danach fragte, hat er

mich erstmal aufgeklärt und mir gesagt, daß ich weder ein Super-Mega-Film-Ereignis noch den neuen TV-Roman, sondern den Sonderparteitag der Grünen gesehen hatte. Und der Joschka ist äußerlich mit Rot beschriftet worden, weil seine Politik nicht mehr grün genug war. Und deswegen sieht Gerd nun schwarz. Aber für mich ist vor allem eins klar: Auch wenn die Grünen es noch nicht ganz gelernt haben, zeitgemäße Politik zu machen, die Regeln hervorragender Unterhaltung beherrschen sie auch in einer schwierigen Zeit der Reizüberflutung wirklich glänzend.

Judith Hilker

Zur Person

Michael Erdhaus, Kreisvorsitzender aus Georgsmarienhütte, wurde vom Landesvorstand als Mitglied des Bundesfachausschusses "Wirtschaft und Soziales" benannt.

Michael Erdhaus, Ortsvorsitzender in Alfhausen, wurde auf der letzten Kreisvorstandssitzung zum Regionalbeauftragten des Kreisverbandes für die Ortsverbände Quakenbrück-Artland, Fürstenau, Neuenkirchen, Bersenbrück, Anklam, Alfhausen, Bramsche und Wallenhorst gewählt.

Thorsten Schoppmeyer, ehemaliger JU-Vorsitzender in Georgsmarienhütte, wurde zum Stadtverbandsvorsitzenden der CDU gewählt.

Felix Bäumer, Sohn von Martin und Kerstin Bäumer aus Glandorf, erblickte am 3. April das Licht der Welt und hat damit am gleichen Tag Geburtstag wie Helmut Kohl. Erste Aktion des stolzen Papa, der von 1993 bis 1996 JU-Kreisvorsitzender war: Er besorgte für seinen Junior ein Autogramm vom Altkanzler. Felix wog bei der Geburt 3.100 Gramm und war 49 cm groß.

Gerold Papsch (26), Rechtsreferendar aus Seelze (Landkreis Hannover), wurde auf dem Niedersachsentag am 27./28.2. in Goslar zum neuen Landesvorsitzenden der JU gewählt. Ein Juckepunkt-Interview gibt's in der nächsten Ausgabe.

JU Melle wählt Doppelspitze

Die Junge Union Melle startet mit einer Doppelspitze in das neue Jahrtausend: Jörn Eschment und Björn Flaßpöhler übernehmen zum ersten Mal seit der Gründung der CDU-Nachwuchsorganisation im Grönegau gemeinsam den Vorsitz.

Neben den Neuwahlen des Vorstandes stand ein Referat des Europaabgeordneten Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering zum Thema "Europa auf dem Weg in das 21. Jahrhundert" im Mittelpunkt der Jahreshauptversammlung.

"Ich freue mich besonders über die Mitgliederentwicklung und das damit verbundene Interesse an der Mitarbeit in der Jungen Union Melle", resümierte der bisherige Vorsitzende Falk Heitling am Ende seiner Amtszeit. "Wir konnten im letzten Jahr 19 neue Mitglieder gewinnen und gehören mittlerweile zu den größten JU-Verbänden im Kreis Osnabrück." Nur dank der engagierten Mitarbeiter seien Aktionen wie z.B. die Fahrt zum Atomkraftwerk erst möglich gewesen.

Zu den Nachfolgern des 20-jährigen wurden Jörn Eschment und Björn Flaßpöhler gewählt. Die Entscheidung für ein Duo an der Spitze der Jungen Union fiel aufgrund eines Patts der beiden Kandidaten nach geheimer Wahl. "Gemeinsam

sind wir stark", so kommentierten die neuen Vorsitzenden das überraschende Wahlergebnis. Komplettiert wird der Vorstand durch die drei Beisitzer Katharina Finke-Gröne, Patrick Heyn und Holger Stolle. Des weiteren bestätigten die JU-Mitglieder André Fischer in seinem Amt als Kassenwart sowie Isabel Stock im Amt der Pressereferentin.

Auf großes Interesse stieß das Referat Hans-Gert Pötterings. Dieser informierte die Anwesenden über seine Wahlkampfthemen und Zielsetzungen für Europa: "Wir müssen da zusammenarbeiten, wo

Impressum

Der JUckepunkt erscheint quartalsweise in einer Auflage von 750 Exemplaren und wird an alle JU-Mitglieder sowie an alle CDU-Funktionsträger im Landkreis Osnabrück verschickt.

Herausgeber:

Junge Union Osnabrück-Land
Scheplerstraße 20
49074 Osnabrück
Tel. (0541) 5 70 69
Fax (0541) 57 22 39
info@ju-lkos.de
http://www.ju-lkos.de

Redaktion & Lay-out:

Frank M. Hilker (fh)
Norbertastraße 6
49586 Neuenkirchen
Tel. (0 54 65) 20 93 44
Fax nach tel. Absprache
E-Mail: frank@ju-lkos.de

Die Namen unter den Artikeln geben die weiteren Mitarbeiter dieser Ausgabe wieder. Auch namentlich nicht gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung aller Mitarbeiter wieder.

Druck:

Wolfgang Klein, Industriestr. 40,
49082 Osnabrück, Tel. 0541/596956

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
20.05.1999

Erscheinungstermin:
02.06.1999

Online-Archiv:

http://www.ju-lkos.de/juckepunkt



Europa mehr Erfolg für alle bringt, d.h. Sicherung der Arbeitsplätze und -bedingungen, innere und äußere Sicherheit und die Nutzung der Vorteile für den Verbraucher und die Umwelt." Nur so könnten die großen politischen Herausforderungen der Zukunft gemeistert werden.

Isabel Stock



Der neue Vorstand der Jungen Union Melle (von links): Holger Stolle, André Fischer, Katharina Finke-Gröne, Isabel Stock, Björn Flaßpöhler und Jörn Eschment.